

# Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 45

Erscheint **sonntags**  
Zugabepreis monatlich 10 Pf. Zur Postbezug.  
Zustellung bei allen Postämtern.

Berlin, den 9. November 1924

Verlagsschäftsstelle: Berlin G. 2, Breitestr. 5/9 IV  
Telefon: Merkur 5529.  
Anzeigen werden nicht aufgenommen.

40. Jahrgang

## Zur Reichstagswahl.

Nach dem Ausfall der letzten Reichstagswahlen befindet sich jeder mit den parlamentarischen Verhältnissen einigermassen Vertrauten kein Zweifel darüber, daß dem zustande gekommenen Reichstag keine lange Lebensdauer beschieden sein konnte. Bei der ungeheuerlichen Partei- und Stimmenerpflitterung mußte er in verhältnismäßig kurzer Zeit an seiner Unfruchtbarkeit zugrunde gehen. Dieses Ende schien bereits bei der Abstimmung über die Dawes-Gesetze gekommen zu sein. Der Umfall eines Teiles der Deutschnationalen gab ihm jedoch noch eine kurze Gaslangfrist. Die wochenlangen Verhandlungen über die Erweiterung der Regierung wuchsen sich zu einem ekelhaften und widerwärtigen Schieber- und Schachergeschäft aus, blieben aber erfolglos. Damit wurde nur von neuem der Beweis geliefert, daß bei der bestehenden Reichstagszusammensetzung zur Bildung einer den Anforderungen der Zeit entsprechenden arbeitsfähigen und stetigen Regierung alle Voraussetzungen fehlten.

Die Auflösung des Reichstags machte diesem unwürdigen Zustand ein Ende. Aufgabe der Wähler ist es nun, zu entscheiden, wie sich für die Folge die politische Leitung des deutschen Volkes zusammenfügen und welcher Kurs gesteuert werden soll. Ein befriedigendes Ergebnis ist jedoch bei den Neuwahlen nur zu erwarten, wenn sich die frühere Zersplitterung der Wähler in eine Anzahl Gruppen und Grüppchen nicht wiederholt, sowie eine dem Ernst der politischen und wirtschaftlichen Lage entsprechende Wahlbeteiligung stattfindet. Um die Wiederehr eines derart grotesken Zustandes, wie er durch die letzten Wahlen herbeigeführt wurde, zu verhindern, ist ferner erforderlich, daß in den weitesten Kreisen der Wähler das Verständnis für die dem neuen Reichstag bevorstehenden Aufgaben geweckt wird. Diese sind innen- wie außenpolitisch von größter Tragweite. Zu beachten ist auch, daß die bisherige Stimmenerpflitterung mit dem Wesen der Weimarer Verfassung als unvereinbar betrachtet werden muß, wenn die Demokratie und das mit ihr verbundene parlamentarische Regierungssystem aufrechterhalten bleiben soll. Kann sich das deutsche Volk bei Ausübung seines Wahlrechts nicht zu einer anderen Haltung entschließen, so muß die Verfassung in einem ihrer wichtigsten Punkte als undurchführbar angesehen werden.

Gegen den Inhalt und die Brauchbarkeit der Weimarer Verfassung würde das zwar noch nichts beweisen. Festgestellt müßte in diesem Falle aber werden, daß das deutsche Volk für den freien Volksstaat mit seinem Parlamentarismus nicht reif ist, es nicht die Fähigkeit besitzt, seine Geschichte selbst zu leiten. Das würde weiter bedeuten, daß es wie vor der Novemberrevolution des Jahres 1918 noch immer der Gängelung und Unterdrückung durch einen mehr oder weniger verhüllten Absolutismus bedarf. Stellt sich das deutsche Volk bei den kommenden Wahlen ein derartiges geistiges Armutzeugnis aus, so werden die reaktionären Parteien auf Grund der ihnen zufallenden Macht nicht verfehlen, diese für sich und ihre Pläne auszunützen. Von der Wiberkehr der alten, verrotteten Zustände der Vorkriegszeit, der Zurück-

werfung des deutschen Volkes in die frühere Knechtschaft und Unfreiheit unter einem verschärften Druck durch die bestehenden Klassen sind wir dann nicht mehr allzueit entfernt.

Auf die Herbeiführung einer solchen Entwicklung zielen die Bestrebungen der Deutschnationalen, der Völkischen, der Deutschen Volkspartei wie des rechten Zentrumsflügels hin. Sie alle sind darin einig, dem demokratischen Regiment ein baldiges Ende zu bereiten. Diese Absichten werden durch das Verhalten der Kommunisten in weitem Umfange gefördert, weil diese sich davon eine Unterstützung ihrer revolutionsromantischen Pläne versprechen. Was die reaktionären Parteien wollen, spricht der deutsch-nationale Wahlaufmarsch mit aller Offenheit aus, indem er den Parlamentarismus als unfruchtbar und zur Lösung der staatlichen Aufgaben unfähig bezeichnet. Dem neuen Reichstag soll nach diesem Aufruf die Aufgabe zufallen, den Parlamentarismus zu beseitigen, was nichts anderes bedeutet, als die

Beseitigung der Demokratie,  
politische Entrechtung des Volkes,  
Wiederaufrichtung einer unbeschränkt von Besitz und Geldsack beherrschten Obrkeitsregierung und  
Rückkehr zur Monarchie.

Letzten Endes haben diese Bestrebungen selbstverständlich nicht nur die Beseitigung des Parlamentarismus und die Aenderung der bestehenden Regierungsform zum Zweck. Dahinter verbergen sich vielmehr auch sehr bedeutsame wirtschafts- und politische Absichten, wie:

Herabdrückung der Arbeiter in die alte Abhängigkeit,  
Beseitigung, mindestens aber Einschränkung ihrer politischen und wirtschaftlichen Rechte, des Koalitionsrechts, des Achtstundentages, des Tarifrechts, schließlich auch der sozialpolitischen Errungenschaften, wie Arbeiterversicherung, Erwerbslosenfürsorge usw.

Der Ansturm der Unternehmer gegen diese Rechte, wie er in den letzten Monaten mit zunehmender Schärfe geführt wurde, muß das dem Blödesten klar machen. Wenn dieser Ansturm bis jetzt nicht den erhofften Erfolg hatte, dann soll ihn nun der gegen den Parlamentarismus geführte Kampf bringen. Und ein Sieg der reaktionären Parteien bei den Wahlen rückt ihn in greifbare Nähe.

Die von jener Seite wiederholt injenierten Putsche haben bewiesen, daß man vor einem Verfassungsbruch nicht zurückschreckt, wenn man die Macht dazu zu haben glaubt. Der Schaffung des von den Reaktionen angestrebten berufsständischen Parlaments und der damit verbundenen politischen Entrechtung der Arbeiter würde sehr schnell die wirtschaftliche Knebelung folgen. In schwerste politische und wirtschaftliche Kämpfe mit entsprechenden Opfern hineingetrieben, müßten sie alle ihre Kräfte auf das Festhalten des Errungenen konzen-

trieren. Auf eine Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage dürften sie nicht rechnen, weil die reaktionären Parteien das ihnen mit der Beseitigung des jetzigen demokratischen Systems zufallende politische Übergewicht dazu mißbrauchen würden, den arbeitenden Volksschichten alle mit der Durchführung des Londoner Abkommens verbundenen Lasten aufzubürden.

Der Ausfall der nächsten Wahlen ist also von weitestgehender entscheidender Bedeutung für die Lage der Arbeiterklasse. Hiernach ist deren Stellung ohne weiteres gegeben. Sie erfordert Zusammenfluß aller Kräfte zum Widerstand bis aufs äußerste! Es ist eine ebenso unverkämte wie dreiste Lüge, den Parlamentarismus für die unbefriedigende politische und wirtschaftliche Lage verantwortlich zu machen. Mit dieser Lüge will man dem Volke den Parlamentarismus als Verständigungs- und Ausgleichsmittel der Demokratie verkaufen, deren Wert und Bedeutung verächtlich machen. Demokratie bedeutet Volksherrschaft. Diese ist den reaktionären Parteien ein Greuel, weil sie bei richtiger Anwendung der den arbeitenden Massen im demokratischen Volksstaat zustehenden Rechte der heutigen Herrschaft des Geldsacks ein Ende zu bereiten droht. Dieser Gefahr suchen sie durch die Beseitigung des demokratischen Parlaments und dessen Umwandlung in ein ständiges Klassenparlament, in dem sich die Arbeiterchaft in hoffnungsloser Minderheit befinden würde, vorzubeugen. Deshalb dürfen sie an dem jetzigen parlamentarischen Zustand kein gutes Haar lassen.

Diesen Täuschungsversuchen dürfen die Arbeiter nicht zum Opfer fallen. Hat der Parlamentarismus bis jetzt versagt, dann nur deshalb, weil das Volk ihn nicht zu gebrauchen verstand. Das beste Werkzeug versteht seinen Zweck, wenn es nicht oder wenn es falsch angewendet wird. Das deutsche Volk — nicht minder die deutsche Arbeiterchaft — hat bis jetzt diesen Fehler begangen. Es hat das Wesen, die Bedeutung des Parlamentarismus für die Gestaltung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse nicht begriffen. Zum sehr großen Teil stand es den großen politischen Fragen der Zeit verständnis- und teilnahmlos gegenüber. Die unzeitige Zersplitterung der Arbeiter hat diesen Zustand weiter verschlimmert. Das muß sich ändern! Auf politischem wie wirtschaftlichem Gebiete stehen sich zwei Gegner gegenüber: Kapitalismus und Arbeit! Soll die Arbeit nicht nur Ausbeutungsobjekt sein, lediglich der Bereicherung des Besitzes dienen, dann muß sie die ihr zukommende Stellung im politischen und wirtschaftlichen Leben erringen. Um diese Stellung taßt der Kampf! Der Sieg der Arbeit kann nur durch den Zusammenfluß aller Kräfte erreicht werden, die sich in geistiger und körperlicher Arbeit betätigen. Sie bilden im heutigen Staate die überwiegende Mehrheit. Von ihnen richtig angewendet, wird der Parlamentarismus nicht versagen, sondern ein wirksames Mittel zur Förderung des Gemeinwohls sowie des kulturellen Fortschritt sein.

Mattutat.



### Kampf um höhere Löhne.

Nachdem es sich gezeigt hat, daß die von der Reichsregierung eingeleitete Aktion zur allgemeinen Senkung der Warenpreise dank der unverantwortlichen Selbstsucht weiter Unternehmerfreie völlig mißglückt ist, indem die zu einer Preisentwertung bestimmten Regierungsmassnahmen dazu benutzt wurden, den Unternehmer- und Händlergewinn zu steigern, hat sich die Unzufriedenheit der Arbeiterschaft über die völlig unzureichenden Löhne so gesteigert, daß mit einer allgemeinen Streikwelle gerechnet werden kann.

Die gegenwärtig in der deutschen Industrie üblichen Reallohn sind viel niedriger als die Löhne des Jahres 1913. So betrug nach amtlichen Angaben im Jahre 1913 der Reallohn durchschnittlich für gelernte Arbeiter 34,35 M., für ungelernete Arbeiter 24 M. Dagegen ergibt sich aus der amtlichen Statistik für den Monat Juli d. J. nach Einrechnung der verlängerten Arbeitszeit ein durchschnittlicher Reallohn für gelernte Arbeiter von 29,92 M. oder 87,1 Proz. des Vorkriegslohnes, für ungelernete Arbeiter von 23,59 M. oder 98,3 Proz. des Vorkriegslohnes. Bei diesen amtlichen Zahlen muß aber berücksichtigt werden, daß: 1. die Einkommensteuer heute bedeutend höher ist als vor dem Kriege; 2. die Beiträge für Sozialversicherung doppelt so hoch sind wie früher; 3. die amtlichen Indez- und Teuerungszahlen sind heute aus Preisen minderwertiger Waren ergeben als vor dem Kriege; 4. die Indez- und Teuerungszahlen mit dem wirklichen Teuerungsvorhältnis nicht im Einklang stehen.

Sinzu kommt noch, daß aus allen Orten Deutschlands in den letzten Monaten neue Preissteigerungen gemeldet werden, so daß die obengenannten Reallohn schon wieder stark zurückgegangen sind. Im allgemeinen kann angenommen werden, daß die Lebenshaltung der deutschen Arbeiter heute um 30 bis 40 Proz. schlechter ist als vor dem Kriege.

Unter diesen Umständen ist es erklärlich, daß die Arbeiter immer stürmischer einen gerechten Lohnausgleich fordern und daß diese Forderung in letzter Zeit in vielen Orten in zahlreichen Lohnkämpfen zum Ausdruck gekommen ist.

Sowohl die Behörden als auch die privaten Arbeitgeber widersetzen sich mit aller Gewalt einer Heraushebung der Löhne, teilweise unter Hinweis auf die Annahme und Durchführung des Dawes-Planes, trotzdem dieser Plan sich ausdrücklich gegen die Herabsetzung der Lebenshaltung der deutschen Arbeiter unter den Stand der anderen europäischen Länder ausspricht.

Am 23. und 24. Oktober hielt der Lohnpolitische Ausschuss des ADGB. eine Sitzung ab, an der auch Vertreter des IFA-Bundes teilnahmen. Auch in dieser Sitzung wurde an zahlreichen Beispielen nachgewiesen, daß die Ziffern der Lebensunterhaltskosten und Löhne des Statistischen Reichsamtes irreführend sind. Der Ausschuss nahm Stellung zur steigenden Teuerung und dem dadurch notwendig gewordenen Lohnausgleich und verurteilte das Verhalten der Regierung und der Unternehmer.

Die Verhandlungen ließen keinen Zweifel darüber, daß sowohl die Regierung wie die Unternehmerverbände sich ganz klar darüber sein müssen, daß, wenn sehr tiefgehende Erschütterungen der deutschen Wirtschaft vermieden werden sollen, ein entsprechender Lohnausgleich herbeigeführt werden muß. Nachdem von den Zwangseingriffen der Regierung in die Preisbildung keine Preisentwertung zu erwarten ist, kam allgemein zum Ausdruck, daß die ruhige Entwicklung der deutschen Wirtschaft stark gefährdet werden muß, wenn sich die Unternehmer und die staatlichen Schlichtungsbehörden noch länger gegen einen notwendigen Lohnausgleich sträuben.

### Ins Stammbuch.

Die im Verein untätig sind,  
Ihn finanziell nicht schonen,  
Stets nörgeln, wie ein Rohr im Wind  
So schwankend, nie zufriednen sind,  
Das sind die Drohnen!

Doch die da wirken Tag für Tag  
Mit unverdrossenen Mienen,  
Die alles opfern ohne Klage,  
Mag kommen, was da kommen mag:  
Das sind die Arbeitbienen!

## Die Wasserkante!



Das Leben und Treiben in den Städten an der Elbe und Weser, sowie an der Nord- und Ostsee wird durch den Schiffsverkehr sehr stark beeinflusst. Blüht der Schiffs-, namentlich der Seeverkehr, dann blüht auch Handel und Wandel. Hieron werden gerade die Hanfstädte Hamburg, Lübeck und Bremen sehr stark berührt, da durchweg sich alles um den Hafen und Handel drängt. Kann der Kaufmann seine Waren übers Meer in die weite Welt senden und neue Waren herein nehmen, dann werden auch unsere Erzeugnisse gebraucht. Stodt der Seeverkehr aber, dann wirt sich das auf alle Berufe aus. Daher ist es verständlich, daß die Industrie in unseren Berufen nicht sehr groß ist. Wir haben durchschnittlich mittlere und kleinere Handwerksbetriebe, ja selbst die Kartonnagenfabriken können sich kaum über mittlere Betriebe hinaus entwickeln. Obwohl sämtliche Betriebe in allen Zweigen unseres Berufes sehr gut zu tun haben und zum Teil sehr viel Ueberzeitarbeit leisten lassen, sind sie bei Gewährung von Lohnerhöhungen sehr zurückhaltend. Und doch erfordert gerade die Lebensweise an der Wasserkante eine bessere Bezahlung, als sie den Buchbindern, Kartonnagern und Papierwarenarbeitern bisher gewährt wurde. Die Luft ist rau und feucht und oft von starkem Wind durchzogen, so daß der Winter hier früher eintritt und recht lange anhält. Der Einfluß der Witterung auf die Lebenshaltung — bessere Ernährung und gute Kleidung ist notwendig — ist daher ohne weiteres gegeben. Dagegen sind die Preise für die Waren zur Bestreitung des Lebensunterhalts viel zu hoch, sie sind mit den geringen Löhnen gar nicht zu bestreiten. Während vor der Kriegszeit an der Wasserkante höhere Löhne gewährt wurden als im Inlande, müssen wir heute das Gegenteil verzeichnen. Während vor der Kriegszeit mit wahrem Feuersifer die Kollegen darangingen, den Verband zu stärken, ihm neue Mitglieder zuzuführen und durch Zahlung höherer Beiträge keine Kampfstrafe zu steigern, finden wir heute auch hier das Gegenteil. In dem Ausbau des Verbandes herrscht eine Gleichgültigkeit und in der Bestimmung höherer Beiträge zur Schaffung eines Kampfsonds für die kommenden Kämpfe um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen eine geradezu strafbare Abtöhung. So kann und darf es nicht weitergehen. Bei unseren Arbeitgebern sehen wir die schärfste Organisation. Jeder Arbeitgeber ist organisiert. Seine Organisation verlangt von ihm außer einem hohen Beitrag, daß er Disziplin übt, ja sobald wir Arbeitnehmer Forderungen auf Erhöhung der Löhne gestellt haben, einen geradezu unbedingten Gehorsam gegenüber den Beschlüssen seines Verbandes. Sie geht gegen ihn mit Strafen vor, sobald er seinen Arbeitern außer den Tariflöhnen irgendwelche andere Zulagen gewährt, und mit allen Zeichen von Furcht vor der Macht der Unternehmerverbände lehnt denn auch der Unternehmer, der von der Notwendigkeit der Lohnerhöhung überzeugt ist, jegliche Erhöhung ab.

Was ist dagegen zu tun? Mit einem Wort: Wir müssen auch unsere Organisation ausbauen, es den Arbeitgebern gleich tun, es nicht dulden, daß auch nur ein Arbeiter oder Arbeiterin im Betriebe steht, die dem Verbands nicht angehört. Ein jeder unserer Berufsangehörigen kann in einem Betriebe unseres Gewerbes arbeiten, wo er will, er untersteht irgendeinem Tarif, bekommt also nach einem Vertrag bezahlt, den unser Verband mit den Arbeitgebern getätigt hat. Der Abschluß eines Vertrages setzt aber eine starke Organisation voraus, er kann nur nach schweren Kämpfen mit den Unternehmerverbänden und nach Herausgabe großer Mittel des Verbandes erreicht werden.

Ist es da nicht ein gutes Recht der Mitglieder des Verbandes, von denen, die dem Verbands nicht angehören, zu verlangen, sie sollen auch ihr Eckerflein mit beitragen und Mitglieder des Verbandes werden? Ist es nicht ein beschämender Zustand, wenn wir sehen, daß immer noch eine Anzahl Drückeberger da sind, die gern die Erfolge des Verbandes für sich in Anspruch nehmen, aber selber nichts dazu beitragen? Ist es nicht geradezu eine sittliche Pflicht der uns fernstehenden Kollegen und Kolleginnen, sich dem Verbands anzuschließen und mitzuarbeiten an dem weiteren Ausbau der Lohn- und Arbeitsbedingungen und des Verbandes? Waren es nicht gerade die uns fernstehenden Kollegen und Kolleginnen, die es verhinderten, daß wir mehr erreichten, weil der Unternehmer weiß, die Nichtorganisierten krümmen ihm kein Haar, sie treten nicht für Verbesserung ein und lassen sich alles bieten? Namentlich in der Kartonnagen-Industrie war dies zu verzeichnen. Soll das so bleiben? Nein und abermals nein, es muß anders werden und es kann anders werden, wenn alle uns fernstehenden Kollegen und Kolleginnen sich dem Verbands anschließen. Um dieses Ziel zu erreichen, fordern wir alle unsere Kollegen und Kolleginnen in Hamburg-Altona, Bremen, Bremerhaven, Oldenburg, Rüstingen, Kiel, Flensburg, Lübeck, Schwerin, Rostock und des Gauves auf, nicht zu ruhen und zu rasten, bis der letzte Mitarbeiter organisiert ist und dem Verbands die Treue hält. Unser Wappspruch sei

Fest wollen wir halten zum Verbands  
Treu mitarbeiten Hand in Hand:

Der Verband ist der Helfer in der Not  
Und er verschafft uns besseres Brot.

J. K. Waterkant.

### Der Lohnkampf der Hamburger Kartonnagenarbeiter.

Die Kartonnagenarbeiter und -arbeiterinnen in Hamburg-Altona nahmen am 28. Oktober zu dem abtöhnenden Verhalten der Arbeitgeber, die niedrigen Löhne aufzubessern, sowie zu der Abtöhung des Schiedspruches durch die Arbeitgeber Stellung. Alle Redner forderten energisches Vorgehen. Beschlossen wurde, sofort einen Mindestlöhndruck von 75 Pf. zu fordern und über 48 Stunden hinaus zu leistende Arbeitszeit mit dem tariflichen Ueberstundenzuschlag zu belegen. Die Arbeitgeber sollen um sofortige Verhandlungen ersucht werden.

Diese Verhandlungen haben stattgefunden. Die am 2. November tagende weitere Versammlung der Kartonnagen- und Papierwarenarbeiter und -arbeiterinnen nahm zu deren Ergebnissen Stellung. Das Angebot der Arbeitgeber war die Gleichstellung der Löhne mit Berlin. Das bedeutet die Erhöhung des Spitzenlohnes von 58 Pf. pro Stunde auf 68 Pf. Die Verammelten äußerten sich zu diesem Angebot in sehr lebhafter Weise und alle Redner hielten dieses Angebot als das mindeste, was gemacht werden konnte. Es wurde erwartet, daß am 7. November höhere Löhne zugestanden werden, gegebenenfalls wird erneut in die Bewegung eingetreten werden. Die von circa 500 Personen besuchte Versammlung erklärte zum Schluß, im Interesse des gewerblichen Friedens das von den Arbeitgebern gemachte Angebot als Abschlagszahlung anzunehmen. Sie erwartet ferner, daß die Erhöhung von 10 Pf. für die Stunde auch allen denen gegeben wird, die über den bisherigen Lohnsatz verdienen. Die Arbeitnehmerschaft hat den festen Willen, für die Erreichung einer menschenwürdigen Existenz mit allen gewerkschaftlichen Mitteln den Kampf aufzunehmen.



Die Zeit der Ueberrumpelungen der von kleinen bewußten Minoritäten an der Spitze bewußtloser Massen durcgeführten Revolutionen ist vorbei. Wo es sich um eine vollständige Umgestaltung der gesellschaftlichen Organisation handelt, da müssen die Massen selbst mit dabei sein, selbst schon begriffen haben, worum es sich handelt, für was sie eintreten sollen. Das hat uns die Geschichte der letzten fünfzig Jahre gelehrt. Damit aber die Massen verstehen, was zu tun ist, dazu bedarf es langer, ausdauernder Arbeit. (Die Klassenkämpfe in der französischen Revolution.)

